

PRESSEERKLÄRUNG

Nr.: 470
Thema: Nußbaum / S-Bahn-Erwerb

Redaktion: Gina Schmelter
Datum: 16. November 2009

GOETZE/FRIEDERICI: S-BAHN-ERWERB: BERLIN KANN SICH KEIN WEITERES DEFIZITÄRES LANDESUNTERNEHMEN LEISTEN

Der haushaltspolitische und der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, **Uwe GOETZE** und **Oliver FRIEDERICI**, erklären:

„Vor einigen Monaten war es der Landesvorsitzende der Linken, Klaus Lederer, der große Sympathien für den Erwerb der krisengeschüttelten S-Bahn hegte. Dass Finanzsenator Nußbaum heute in einem Interview – und damit zum wiederholten Mal – selbiges verkündet, zeigt, dass es offenbar auch im Senat ein ernstzunehmendes Interesse an einer Übernahme durch das Land Berlin gibt. Dieser linksideologische Vorstoß ist jedoch angesichts der desolaten Haushaltslage das falsche Signal, selbst dann, wenn Nußbaum den Erwerb der S-Bahn an einen „Schnäppchenpreis“ knüpft.

Es kann nicht sein, dass die Berlinerinnen und Berliner für die Sanierung der durch die Deutsche Bahn heruntergewirtschafteten S-Bahn aufkommen müssen. In den letzten Jahren musste sie Gewinne in Höhe von rund 123 Millionen Euro an den Mutterkonzern abführen. Die Folge: Die S-Bahn sparte an den notwendigen Reparaturmaßnahmen und setzte damit die Sicherheit der Fahrgäste aufs Spiel. Bei der Sanierung der S-Bahn muss deshalb das Verursacherprinzip gelten. Das bedeutet, dass die Deutsche Bahn die abgeführten Mittel für diesen Zweck an das Tochterunternehmen zurückzahlen muss.

Auch ist es ein Trugschluss zu glauben, dass der Staat der bessere Unternehmer ist. Dies beweist gerade das rot-rot-geführte Berlin, wie am Beispiel der BVG zu sehen ist. Trotz Zuschüssen und Veräußerung des nicht betriebsnotwendigen Vermögens hat die BVG ausweislich des letzten Beteiligungsberichts noch immer Schulden in Höhe von ca. 770 Millionen Euro. Zudem mussten in Höhe von weiteren ca. 520 Millionen Euro Rückstellungen – u.a. für die Risiken aus dem Cross-Border-Leasing-Geschäft – gebildet werden.

Auch scheint Nußbaum zu vergessen, dass die S-Bahn, wenn sie beispielsweise eigenständig oder Teil der BVG würde, künftig nicht mehr die Rabatte bei Ersatzteilen und Fahrzeugbeschaffungen erhalten würde, die sie jetzt unter dem "Dach" und der damit verbundenen Marktmacht der Deutschen Bahn zu deutlich besseren Konditionen bekommt.

Finanzsenator Nußbaum sollte sich deshalb darauf konzentrieren, die wenigen finanziellen Spielräume sinnvoll zu nutzen und das Geld dort zu investieren, wo es wirklich benötigt wird.“